

Dringliche Interpellation

Bootshaus Seeclub

Vorbemerkungen:

- a) Das von den Luzerner Architekten Möri und Krebs 1929 erbaute, ehemalige Seeclub-Gebäude gilt in architektonischer und denkmalpflegerischer Hinsicht als wertvoller Zeuge der Holzbauarchitektur am Wasser und als dessen ältester Zeuge in der Schweiz.
- b) Die kantonale Denkmalpflege hat bekanntlich beim Regierungsrat die Unterschutzstellung des Seeclub-Bootshauses beantragt. Zur Zeit läuft das Vernehmlassungsverfahren, in welchem der Stadtrat vom Regierungsrat aufgefordert wird, sich zur beantragten Unterschutzstellung zu äussern.
- c) Im unmittelbaren Umfeld des Seeclub-Bootshauses stehen seit einiger Zeit verschiedene öffentliche Anliegen und städtebauliche Probleme zur Diskussion, die einer Lösung bedürfen:
 - Die Notwendigkeit von zusätzlichen Anlegemöglichkeiten für private Betreiber von Gesellschaftsbooten (vor allem für Besucherinnen und Besucher des KKL).
 - Die Forderung nach zusätzlichen öffentlichen Schiffsstegen in Zentrumslage, beim Bahnhof.
 - Die Forderung, den in breiten Kreisen als hässlich empfundenen „Billett-Container“, der SGV durch eine andere, dem Vorgelände des KKL angepasste Lösung zu ersetzen.
- d) Der Stadtrat verlangt in seiner Gesamtplanung 2001-2004 (Bericht und Antrag 36/2000) Sparmassnahmen zur Reduzierung der zu hohen Pro-Kopf-Belastung, einen vorrangigen Schuldenabbau und mittelfristig eine Reduktion des Steuerfusses. Im StB 1100 setzt er sich einen Investitionsplafond mit wenig Investitionsspielraum.

Wir bitten nun den Stadtrat, vor seiner Stellungnahme an den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt sich der Stadtrat zu einer denkmalpflegerischen Unterschutzstellung des Seeclub-Bootshauses?

Falls er ihr zustimmt,

2. Lassen sich die Forderungen nach zusätzlichen Schiffsanlegestellen mit öffentlichem Zugang erfüllen?

3. Lässt sich die Forderung nach einem Ersatz für den SGV-„Billett-Container,, realisieren?
4. Welcher maximale Aufwand würde durch die Unterschutzstellung für den Steuerzahler entstehen?
5. Lässt sich eine Unterschutzstellung mit den finanzpolitischen Zielsetzungen des Stadtrates vereinbaren?

Markus Mächler / Markus Boyer/ Helen Haas-Peter
namens der CVP/CSP-Fraktion

Luzern, 26. September 2000